

Geschichte Osteuropas. Zur Entwicklung einer historischen Disziplin in Deutschland, Österreich und der Schweiz 1945-1990 [hrsg. v. Erwin Oberländer]

Autor(en): **Rüthers, Monica**

Objektyp: **BookReview**

Zeitschrift: **Schweizerische Zeitschrift für Geschichte = Revue suisse d'histoire = Rivista storica svizzera**

Band (Jahr): **43 (1993)**

Heft 3

PDF erstellt am: **22.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

contemporaine à l'Université de Lyon III, peut apporter de neuf à l'intelligence d'une problématique (les relations «entre le fait religieux et la politique» dans l'Italie des années quarante) en apparence abondamment ressassée par les historiens transalpins. Le principal apport de l'ouvrage se situe précisément dans la construction même de son objet. Aucun historien avant lui n'avait eu l'idée (pour ne pas dire l'audace) d'une approche globale et synthétique du rôle de l'Eglise catholique dans cette phase de reconstruction et de transition vers la démocratie comprise entre la chute de Mussolini (25 juillet 1943) et le triomphe électoral de la Démocratie chrétienne (18 avril 1948). Le concept d'«Eglise italienne» est ici entendu dans son extension maximale. Des grandes déclarations papales aux plus anodines lettres pastorales de province, des fastueux rassemblements romains aux plus insignifiantes réunions diocésaines, rien de ce qui touche de près ou de loin à l'activité publique de l'Eglise durant cette période troublée ne semble échapper à la sagacité de l'auteur. La fresque ainsi brossée est saisissante et tend à donner de l'Eglise italienne une image somme toute assez monolithique (d'abord dans son «antifascisme net», puis dans son anticommunisme obsessionnel) qu'il conviendrait peut-être de nuancer selon les régions et les générations. En faisant remonter au plus haut le revirement du Saint-Siège à l'égard du régime de Mussolini (1938) et la conversion de Pie XII à la démocratie (radiomessage de Noël 1942), Jean-Dominique Durant entend montrer, à l'encontre d'une certaine historiographie italienne, que l'option démocrate-chrétienne d'un parti unique des catholiques et indépendant de la hiérarchie n'a jamais été sérieusement remise en cause après 1943, en dehors de quelques cercles réactionnaires de la Curie romaine (le *Partito romano* bien mis en lumière par Andrea Riccardi), et que la victoire électorale d'avril 1948, tout en inaugurant une phase d'«hégémonie catholique» (P. Scoppola), a plutôt renforcé le chef de la D.C. Alcide De Gasperi dans «sa volonté d'éviter la cléricatisation de la vie politique du pays».

Philippe Chenaux, Genève

Geschichte Osteuropas. Zur Entwicklung einer historischen Disziplin in Deutschland, Österreich und der Schweiz 1945–1990. Hg. von Erwin Oberländer (Quellen und Studien zur Geschichte des östlichen Europa 35). Stuttgart, Franz Steiner, 1992.

Der vorliegende Band gibt einen umfassenden Überblick über die Lehr- und Forschungsstätten zur Geschichte Osteuropas, ihre Entstehung und heutige Form. Er gliedert sich in drei Teile. In drei einleitenden Aufsätzen werden «Das Studium der Geschichte Osteuropas von den Anfängen bis 1933» (Günther Stökl), die «Historische Osteuropaforschung im Dritten Reich. Ein Bericht zum Forschungsstand» sowie «Das Studium der Geschichte Osteuropas seit 1945» (beide E. Oberländer) kritisch dargestellt. Im zweiten Teil stellen die jeweiligen Leiter und die einzige Leiterin ihre Institute vor. Die universitären und die nichtuniversitären Einrichtungen sind dabei gesondert aufgeführt, in alphabetischer Folge geordnet nach den Städten, in denen sie sich befinden. Den Abschluss des Bandes bildet ein Artikel von Alexander Fischer zur «Forschung und Lehre zur Geschichte Osteuropas in der Sowjetischen Besatzungszone bzw. der Deutschen Demokratischen Republik». Im Anhang findet sich neben Personen- und Sachregister eine Liste der in Deutschland erscheinenden einschlägigen Fachzeitschriften.

Der historische Überblick über die Geschichte des Faches zeigt auf eindruckliche Weise seine Verflechtung mit aussenpolitischen Interessen von allem Anfang

an. Darauf weisen bereits die äusseren Umstände wie die Einrichtung der ersten Lehrstühle um die Jahrhundertwende und deren Sitz in Berlin und Wien hin. Diese Instrumentalisierung des Forschungsbereiches führte schon früh zu Kritik seitens seiner wissenschaftlich orientierten Vertreter und zur Forderung nach «Verwissenschaftlichung» einerseits, nach breiter, nicht nur auf Russland bzw. die Sowjetunion konzentrierter Erforschung der Geschichte der osteuropäischen Völker sowie nach deren «Gleichwertigmachung» andererseits.

Die Entwicklung im nationalsozialistischen Deutschland führte zu einer Trennung der Osteuropa-Historie von dem wirtschaftlich und politisch auf den «Lebensraum im Osten» gerichteten Bereich der «Ostforschung», die seit Ende des Ersten Weltkrieges als «deutsche Ostforschung» im Sinn der «Volks- und Kulturbodenforschung» aufgekommen war. Ihr Bereich waren – im Gegensatz zur russlandorientierten historischen Osteuropaforschung – die neuen Staaten in Ostmitteleuropa. Sie diente der auf Revision der Ostgrenzen zielenden Aussenpolitik der Weimarer Republik. Somit fügte sich die «Ostforschung» im Gegensatz zur historischen Osteuropaforschung nahtlos in das nationalsozialistische System ein.

Dieser Gegensatz zwischen dem Forschungsinteresse an den Völkern Osteuropas und einem vor allem an der Rolle der Deutschen in Osteuropa orientierten Interesse blieb über das Jahr 1945 hinaus in der Bundesrepublik bestehen. Diese erstaunliche Kontinuität lässt sich durch die Vertreibung der Deutschstämmigen aus Ostmitteleuropa und durch den Kalten Krieg und die damit verbundene antisowjetische Einstellung erklären. Die inhaltliche wie personelle Kontinuität verhinderte ausserdem lange Zeit, dass die Rolle, die das Fach im «Dritten Reich» gespielt hatte, überhaupt diskutiert wurde. Seit Anfang der 50er Jahre folgten zahlreiche Neugründungen von Lehrstühlen für Geschichte Osteuropas. Sie ist heute voll in die universitären Lehrgänge integriert. Als Schwerpunkt lässt sich wiederum die Geschichte Russlands ausmachen.

Die Entwicklung in der SBZ und nachher in der DDR war zunächst von Abwanderung «bürgerlicher» und Zuwanderung «fortschrittlicher» Osteuropahistoriker geprägt. Bald machte die marxistisch-leninistische Ideologie ihren Monopolanspruch im universitären Bereich geltend und verdrängte offenere Ansätze. In der DDR fand eine «Vergangenheitsbewältigung» zur Rolle des eigenen Faches lediglich in Form einer Enthüllungskampagne über den faschistisch-imperialistischen Gehalt der «westdeutschen Ostforschung» statt. Als problematisch für die Forschung erwies sich die politische und ideologische Instrumentalisierung des Faches durch die SED. Besonders deutlich zeigte sich diese in den Lehrprogrammen für die Universitäten. Als sich in den 80er Jahren die Krisen in den sozialistischen Nachbarstaaten häuften, entstand von der SED-Seite her ein erhöhter Informations- und Erklärungsbedarf. Die gegenwartsbezogene und problemorientierte Forschung wurde jedoch von den Universitäten ferngehalten, indem spezielle, dem Herrschaftsinteresse dienende Parteiinstitute gegründet wurden. In diesem Artikel findet sich auch eine Dokumentation zur Entstehung und Entwicklung des Faches Osteuropäische Geschichte an den Universitäten der DDR.

Die Beiträge der einzelnen Institute im Informationsteil sind von sehr unterschiedlicher Länge, je nach Geschichte und Bedeutung der Institution oder nach Art und Weise der Selbstdarstellung. Die Mehrzahl gliedert sich in Geschichte und Zielsetzung, Aufbau, Schwerpunkte von Lehre und Forschung sowie Art und Umfang der Bibliothek. Vor dem Hintergrund des historischen Überblicks im ersten Teil gestaltet sich die Lektüre der Selbstdarstellungen um so spannender,

verraten sie doch auch, wie sich die historische Osteuropaforschung heute sieht und wie sie gesehen werden möchte.

In den Beiträgen wird Insider-Wissen über die einzelnen Institute einem breiten Publikum auf anschauliche Weise zugänglich gemacht. Die Gliederung der Beiträge nach Standorten erleichtert das Auffinden der gewünschten Information sowohl für die im Vorwort erwähnten ausländischen, osteuropäischen Kollegen als auch für Studierende, die sich über Schwerpunkte und Angebote an anderen Universitäten orientieren möchten. Da die meisten Beiträge schwerpunktmässig ihr aktuelles Angebot darlegen, ist zu hoffen, dass von Zeit zu Zeit aktualisierte Neufassungen erscheinen werden. Der Vollständigkeit halber sollte in einem Folgebund die im vorliegenden Band vermisste Osteuropa-Bibliothek in Bern vertreten sein.

Monica Rüthers, Basel

Gerhard A. Ritter, Merith Niehuss: **Wahlen in Deutschland 1946–1991. Ein Handbuch.** München, C. H. Beck, 1991. 296 S.

Das vorliegende Handbuch ist eine umfassende Erweiterung der 1987 veröffentlichten Studie «Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland». Es knüpft zeitlich und inhaltlich an die 1980 und 1986 erschienenen wahlgeschichtlichen Arbeitsbücher zum Kaiserreich 1871–1918 (Gerhard A. Ritter unter Mitarbeit von Merith Niehuss) und zur Weimarer Republik 1919–1933 (Jürgen W. Falter, Thomas Lindenberger und Siegfried Schumann) an. Gemeinsam mit Falters Untersuchung «Hitlers Wähler» aus dem Jahre 1991 dokumentieren die genannten Arbeiten die Breite der wahlhistorischen Forschung in der bundesdeutschen Geschichtswissenschaft.

Im ersten Kapitel ihrer Untersuchung beleuchten die Autoren die Bevölkerungsentwicklung in der alten Bundesrepublik und der ehemaligen DDR. Die nebeneinander gestellten Tabellen und Graphiken erlauben einen differenzierten Vergleich, wobei z. B. auffällt, dass die Wohnbevölkerung der BRD von 1950 bis 1987 um 20,2% anstieg, während sie in der DDR im etwa selben Zeitraum um 7,8% zurückging. Mit diesem Phänomen befassen sich weitere statistische Angaben über den enormen und im europäischen Vergleich nach dem Zweiten Weltkrieg bisher einmaligen Bevölkerungszuwachs der alten BRD durch Flüchtlinge und Vertriebene, wodurch sich die Bevölkerungsstruktur der meisten Bundesländer nachhaltig veränderte. Es folgen dann noch Abschnitte über die Erwerbsstruktur und soziale Schichtung, den Wandel der Lebensverhältnisse und die Mitgliedschaft von Parteien und Gewerkschaften.

Im zweiten Kapitel werden die Ergebnisse von Bundes-, Landtags- und Europawahlen in der alten BRD sowie die Volkskammerwahlen in der DDR (im wesentlichen die Wahl vom März 1990) statistisch detailliert aufgeschlüsselt. Die Einleitungen zu den einzelnen Unterkapiteln bieten jeweils kurze, zusammenfassende Interpretationen und erleichtern dem Leser den Weg durch das umfangreiche Zahlenmaterial. Der dritte Teil bringt weitergehende Analysen der Wahlen wie Wahlbeteiligung und Parteipräferenzen von Frauen und Männern, Stimmensplitting bei Erst- und Zweitstimmen, die Zahl der Briefwähler sowie die Bedeutung von Konfession, sozialer Schichtung und Wohnort für das Wahlverhalten. Interessant ist der abschliessende Blick auf das deutliche, mit der konfessionellen Zusammensetzung der Bevölkerung korrelierende Nord-Süd-Gefälle zwischen SPD und CDU/CSU, das sich erstaunlicherweise 1990 auch bei den Wahlen in den